Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Kleinere Anzeigen, sowie Ver- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Festgestellte Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603). Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 66. Donnerstag 7. März 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Staatsminister a. D. Dr. von Bötticher, der frühere Staatssekretär im Reichsamt des Innern ist gestern mittag 1 Uhr 30 Minuten in Naumburg gestorben. (S. Dtschs. R. u. Letzte Dep.)

* In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden die Kolonial-Nachtragsetats in erster Lesung erledigt. (S. Art. u. Parlamentsber. 2. Beil.)

* Die gestern vom Bundesrat angenommene Vorlage über Maßnahmen zur Verhütung über Rückgänge der Einnahmen aus der Maischbottich-Steuer ist dem Reichstag zugegangen.

* Die Budgetkommission des Reichstages begann gestern ihre Beratungen. Sie bewilligte u. a. 60 000 ℳ an den Deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig für ein Buchgewerbemuseum, 150 000 ℳ als 7. Rate für die Hohkönigsburg. (S. Dtschs. R.)

* Im englischen Unterhause wurden die friedensfreundlichen Tendenzen des deutschen Flottenvereins von Regierung und Opposition anerkannt. (S. Ausl.)

* Das amerikanische Dampfer-Subventions-Gesetz ist endgiltig an der Obstruktion des Senats gescheitert. (S. Ausl.)

* In Toul kamen Soldaten-Meutereien vor. (S. Ausl.)

* In der gestrigen Sitzung der Leipziger Stadtverordneten wurde der sog. „Fall Käser" vom Stadtrat Dr. Wagler in ausführlicher Weise besprochen. (S. Sitzungsbericht.)

* In Süditalien haben sich folgenschwere Bergstürze ereignet. (S. Neues a. a. W.)

Die Duma.

* Es wäre eine unerträgliche Trivialität, die neue Duma mit Prophezeiungen empfangen zu wollen. Prophezeiungen sind immer ein gefährliches Ding, ganz besonders solche über Leben und Tod einer neu gewählten parlamentarischen Versammlung. Nicht einmal Campbell-Bannerman wird nach dem Ausfall der Londoner Grafschaftswahlen die Probe auf das Exempel machen wollen, ob das englische Volk ihm die imposante Mehrheit des Januar 1906 jetzt zurückschicken wird; und vor wenigen Wochen wurde mit einer „Demonstrations-Auflösung" so zuversichtlich gerechnet! Vollends Clemenceaus „großes" Ministerium nimmt heute keine politische Lebensversicherung mehr auf. Auch in Deutschland erscheint es sehr müßig, schon jetzt von einer „Reichstagswahl 1912" zu reden. Ueber Rußlands Zukunft aber und über seine Duma haben die Mächte des Schicksals einen undurchdringlichen Schleier ausgebreitet.

Auch der väterlich ermahnende Ton der Duma-Artikel dünkt uns herzlich geschmacklos und dabei unfruchtbar. Den Sträfling, der durch langjährige Freiheitsentziehung nicht kuriert ist, wird die ergreifendste Abschiedspredigt des Anstaltsgeistlichen selten bessern. Wenn die mit 7 Monaten Absolutismus bestrafte Duma nichts gelernt hat, wird sie auch gegen die bestgemeinten Ermahnungen gefeit sein, die sich eigentlich wie eine schlechte Kindersibel lesen: man hält den durchaus nicht für einen glänzenden Pädagogen, der bei der Erklärung des 5. Gebots die Konstruktion der Guillotine erläutert.

Es verrät überhaupt eine beklagenswerte Abhängigkeit von reaktionären Suggestionen, wenn auch die liberale Presse die Schuldfrage beim Konflikt der ersten Duma von vornherein zuungunsten der Volksvertretung behandelt hat. Es liegt uns hinmeilern, uns mit der russischen Oppositionspartei identifizieren zu wollen. Ueber die Schwäche des Allerweltls-Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert, über das Jakobinertum, den Garibaldianismus, der heute für die Hellenen, morgen für die Südamerikaner und übermorgen für Polen und Magyaren reisläuferte, sind gottlob wir Deutschen und mehr und mehr auch die Engländer hinausgelangt zu einem gesunden nationalen Egoismus, der in der Bestellung des eigenen Hauses eine vollauf genügende Aufgabe erblickt. Wir verfolgen die Entwickelung der Nachbarstaaten mit lebhaftem Anteil, um aus ihr zu lernen und, wenns geht, sie zu unserem Vorteile zu bestimmen. Wir denken im übrigen vorurteilslos wie Richelieu, der den Protestantismus in Frankreich bekämpfte, aber in Deutschland unterstützte.

In Rußland aber haben wir von keiner der streitenden Parteien etwas Gutes zu erwarten. Wir würden sogar fürchten, daß der einzige Weg zur Herstellung des inneren Friedens in dem stürmisch aufgewühlten Reiche eine Versöhnung der jetzigen Gegner auf unsere Kosten, durch eine vereinte Wendung der zerklüfteten Nation gegen den in beiden Lagern grimmig gehaßten „Njemetz" sein wird — wenn wir der Furcht vor einer Macht in der Welt überhaupt zugänglich wären. Aber wir Deutschen halten an unseres Altreichskanzlers Wort vom 6. Februar 1888 fest.

Wir dürfen den russischen Parteikampf mit den unbefangenen Augen des uninteressierten Zuschauers verfolgen, ohne Sympathie, sei es für die antinationalen Demokraten, die ein neues Galizien im Rücken unseres polnischen Kriegsschauplatzes aufrichten wollen, noch für die schlaffe und uns abgewendete zarische Regierung, die sich vielleicht bald mit denselben Gedanken befreunden wird.

Es ist furchtbar billig, von der Warte unserer höheren politischen Kultur über die Auseinandersetzungen der ersten Duma absprechend zu urteilen. Wenn der langverhaltene Groll über eine jahrhundertalte Mißwirtschaft, über eine Korruption sondergleichen, über eine erbarmungslose Knebelung der Gedanken, der Gewissen endlich seine Höhle sprengt und auf die Zunge den giftigen Pfeil gegen die Feinde der Volkswohlfahrt legt — wer will pharisäisch richten über „Maßlosigkeiten"? Wenn die Duma ein Tummelplatz verstiegener Utopien wurde, die Vertretung eines unerzogenen Volkes in Radikalismen schwelgte, über die selbst unsere Extremsten hinausgewachsen sind — wer darf sie strafen? Der einzige Vorwurf, der mit Fug der Duma gemacht werden konnte, war, daß sie zu schwatzen schien, statt zu handeln. Aber die Folgezeit hat gelehrt, daß hinter den endlosen Reden doch ein Wille stand. Der Wille, durch die Verschleppung der Debatten Zeit für die Vorbereitung der Revolution zu gewinnen, die offensichtlich geplant war. Daß die Revolution hinterher gescheitert ist, vielleicht bloß gescheitert, weil die Vorbereitungszeit eben zu kurz ausfiel — das hat schließlich mit einer realpolitischen Würdigung der Duma-Tätigkeit nichts mehr zu tun, sondern gehört in eine Untersuchung über die Befähigung der russischen Revolutionspartei als solcher, eine gewollte Revolution erfolgreich und nicht zur Unzeit durchzuführen. Vielleicht war es ein Meinungsirrtum überhaupt, daß in Rußland und eben in dem Rußland von 1906 eine Revolution wirklich möglich sei — aber mit diesem vielleicht richtigen Urteil machen wir 1907 einen schalen Treppenwitz.

Die russische Revolution von 1906 ist gescheitert. Eine Wiederholung versuchen, hieße zum Nehler das Verbrechen fügen. Diese Erkenntnis ist heute auch bis in die Reihen der äußersten Linken durchgedrungen. Die zarische Macht ist trotz Mantschurei und alledem noch so riesenstark, daß nicht einmal die konstitutionelle Monarchie Westeuropas erreichbar erscheint, geschweige die Republik. Die maßgebenden Männer der Duma scheinen sich in den Verzicht auf eine nahe Verwirklichung ihrer Ideale finden zu wollen. Sie sind bereit, die praktische Arbeit aufzunehmen, die Arbeit an den Regierungsvorlagen, die in einem riesigen Blumenstrauß auf dem Geburtstagstisch der Volksvertretung paradieren sollen. Herr Witte hatte ja nicht einmal Beratungsstoff vorbereitet, und da verwunderte sich die Welt, daß der erste Versuch des jungen Gesetzgebers, das denkbar schwierigste Problem, die Landfrage, durch parlamentarische Initiative anzufassen, so überaus unglücklich ausfiel! Auch werden alle Einsichtigen anerkennen, daß das Ministerium Stolypin besseren Willen beweist als seine Vorgänger, und werden bereit sein, eine Verständigung wenigstens zu versuchen.

Die große Schwierigkeit ist allerdings zunächst eine brauchbare Partei-Gruppierung. Die Abgeordnetenlisten weisen 27 Fraktionen auf! Die Kadettenpartei, die einzige vorderhand noch durch Kahl, Kenntnisse und guten Willen in Betracht zu ziehende Organisation der mehrheitbildenden Linken, ist um fast 100 Mitglieder geschwächt in das Taurische Palais eingezogen.

Die große Gefahr für eine gedeihliche Entwicklung von Rußlands konstitutioneller Aera scheint im Augenblicke nicht auf der äußersten Linken zu liegen, sondern in jenen dunklen Gewalten der Reaktion, welche vor der Tür von Stolypins Hause bereit stehen, um ihn und sein vergleichsweise aufgeklärtes Kabinett ins Schattenreich hinabzusenden. In der Duma sitzen ganze zwei wahrhaft russische Männer". Draußen im Lande zählen sie vielleicht auch nur noch Hunderten. Aber in Zarskoje Selo besitzen sie das Ohr der „Maßgebenden", zu denen bekanntlich der persönlich friedfertige und wohlgesinnte allmächtige Zar nicht gehört.

*

Der Zar empfing gestern den Duma-Präsidenten Golowin in Audienz. Die nächste Duma-Sitzung ist auf morgen festgesetzt.

Die kolonialen Nachtragsetats vor dem Reichstag.

Die gestrige erste Lesung der beiden Kolonialnachtragsetats, der unschuldigen Ursache der Reichstagsauflösung, begann mit einer so ruhigen Sachlichkeit, daß der Mittwoch zunächst für manche Sensationsgemüter eine starke Enttäuschung, für alle ehrlich interessierten Politiker aber eine Freude bedeutete. Nach langen Wochen der Erregung und Verfahrenheit, der Ausbrüche von Leidenschaft endlich der Beginn positiver Arbeit! Und so nötig und sogar nützlich die Reinigung der politischen Atmosphäre durch die Wintergewitter gewesen war, einmal mußte doch wieder zu praktischer, nüchterner Arbeit zurückgekehrt werden. Und damit hat der Reichstag am Mittwoch den Anfang gemacht.

Herr Dernburg eröffnete nach Gebühr in Abwesenheit des Reichskanzlers die Debatte und schlug gleich jenen ruhigen Ton an. Er beschränkte sich, da es sich ja nur um wiedereingebrachte Vorlagen handelt, auf wenige erklärende Worte. Der Aufstand ist so gut wie beendet. Nur die Hereros machen noch einige Schwierigkeiten. Die Truppenstärke ist bereits wieder um 600 Mann vermindert worden. Eine weitere Reduzierung stehe bevor. Die unumgängliche Entschädigung der Farmer soll noch in dieser Session im Rahmen eines Ergänzungsetats erfolgen, über dessen Höhe noch nichts feststeht. Alle bürgerlichen Parteien, auch das Zentrum, gingen auf den Ton des Kolonialdirektors ein. Nirgends eine Spur von Erregung, auch keine Erinnerung an die unzähligen Kämpfe. Besonders erfreulich war die einfache, zuverlässige Haltung der Freisinnigen, die erklärten, für eine Kolonialpolitik nach gesunden kaufmännischen Grundsätzen stets eintreten zu wollen, und erhebend war es auch, von Rednern aller bürgerlichen Parteien unseren braven Truppen in Südwestafrika danken zu hören.

Einige Beachtung verdient die Haltung des Zentrums. In seinem Namen sprachen nicht die Großen, auch nicht Herr Erzberger, dessen Kredit doch nun endlich auch bei seiner eigenen Fraktion erschüttert scheint, sondern der Abgeordnete Fehrenbach, den auch Tribünenbesucher bisher kaum dem Namen nach kannten. Das Zentrum bleibt bei seiner Ablehnung der 29 Millionen, und will nur 20 bewilligen; diese eventuell durch ein Kreditgesetz vermehren. Uebrigens kam Herr Fehrenbach dieses Mal wieder mit einer neuen Fassung des alten Zentrumsvorschlages über die Reduktion der Truppen auf 2500 Mann. Diese Zahl soll nunmehr nur die Zahl der Truppen vor dem Feinde begrenzen. Bei den bekannten Etappenverhältnissen in Südwestafrika eine große Lächerlichkeit; denn darin besteht bekanntlich die Schwierigkeit der Kriegführung, daß man dort von fünf Mann immer nur einen an den Feind bringen kann! Doch haben glücklicherweise alle diese kleinen Scherze im neuen Reichstag keine Bedeutung mehr.

Der Schluß der Sitzung brachte dann doch noch einige Emotion. Herr Ledebour begann, die alten Suppen der Sozialdemokratie zu wärmen. Doch verdiente das kaum erwähnt zu werden, wenn nicht durch den Eifer des Vizepräsidenten die verlorene Situation des Redners für einige Minuten gebessert worden wäre. Herr Ledebour hatte die Abwesenheit des Reichskanzlers „mängelt, und auch den Ausdruck gebraucht, der Reichskanzler entziehe sich seiner Verantwortung, was vom Präsidium gerügt wurde. Doch verstanden die meisten Abgeordneten, wie es schien, das Präsidium wolle überhaupt keine Kritik an der Tätigkeit des Reichskanzlers zulassen, was zu heftigen Lärmszenen führte. Später kam Herr Ledebour doch noch zu seinen verdienten Ordnungsrufen wegen grober Beleidigung des Kolonialdirektors. Dieser revanchierte sich in ganz kurzer, aber brillanter Weise. Er verlas eine Stelle aus Bebels Buch „Die Frau" über die Fruchtbarkeit der Prostituierten und ungeheure Heiterkeit erfaßte bei dieser Lektüre das ganze Haus, bis auf die verlegenen Sozialdemokraten. Herr Dernburg schloß mit dem an die Sozialdemokraten gerichteten Satz: „Sie stehen zu tief, nicht sowohl unter meiner Person, als unter der Sache. Ich überlasse Sie Ihrem papiernen Dasein."

Dann wurden die Nachtragsetats in erster Lesung ohne Kommissionsverweisung erledigt.

Zum Schulstreik.

Die Entlassung der Gymnasiasten hat auf die Polen vielleicht am nachdrücklichsten von allen bisher angewandten Mitteln gewirkt. Den agitierenden Polen ist nämlich an der Bildung der Masse nicht viel gelegen, dagegen sehr viel an der Bildung neuer junger Intelligenz in allpolnischen Familien. Während die Polen aber bestürzt sind, bemüht sich ein Teil der deutschen Presse, das Recht der Regierung auf Entlassung der Gymnasiasten zu bestreiten. Das ist echt deutsch. Und doch hat die Regierung ein gutes Recht dazu. Die höheren Schulen werden von der Allgemeinheit erhalten, eine Besuchspflicht wie bei den Volksschulen besteht nicht — sollte da nicht die durch die Regierung vertretene Allgemeinheit das Recht haben, junge Leute von der höheren Schule auszuschließen, die nach dem ganzen Geiste, den sie in der Familie atmen, die höhere Bildung lediglich in staatsfeindlichem Sinne ausnutzen werden? Man komme nicht mit den Kindern von Sozialdemokraten als Analogie. Der schlimmste Sozialdemokrat verfügt nicht über ein Hundertstel der Staatsfeindlichkeit, wie sie irgend ein Allpolenagitator aufweist, in dessen Hirn kaum ein anderer Gedanke Platz hat als der von der Aufrichtung des Polenreiches auf Kosten des Deutschen Reiches.

Die Polen sehen sich in ihrer nachwachsenden Intelligenz bedroht und fürchten nebenbei auch, daß der Schulstreik nachlasse, wenn sich immer mehr herausstellt, daß die Intelligenz keine Lust hat, irgendwelche Opfer zu bringen — denn die Eltern, die Söhne auf höheren Schulen haben, haben ihren Kindern auf der Volksschule jetzt fast durchweg das Antworten in deutscher Sprache anbefohlen. Diesen Leuten wollen die Polen jetzt den Rücken stärken, indem sie ihnen das Anerbieten machen, ihre Söhne auf Kosten der polnischen Allgemeinheit weiter die höhere Schule im Auslande besuchen zu lassen. Auf dem Gymnasium in Teschen sollen ungefähr 50 Freistellen für junge Polen geschaffen werden, für die die Polen jährlich das Opfer von 60 000 Mark zu bringen gedenken. Sie wollen etwas tun, „um die Opfer des preußischen Systems zu retten". Und bei den Aufrufen zu diesen Sammlungen kann man eine interessante Bemerkung machen. Die Polenagitatoren in Preußen raten nämlich davon ab, sich nach dem armen Galizien oder Russisch-Polen um Hilfe zu wenden, denn die Polen in Preußen seien die reichsten, woraus doch wohl mit Evidenz hervorgeht, daß die Polen in Preußen sich wirtschaftlich besser zu entwickeln vermochten, als in dem Dorado der Polen in Galizien. Und doch klagen die Polen immer, daß sie in Preußen wirtschaftlich bedrückt würden. Mit solchen unfreiwilligen Zugeständnissen aber strafen sie sich selbst Lügen.

Mit Lügen aber verstehen die Polen sonst doch trefflich zu operieren. So behaupten sie, daß den Lehrern mit Entziehung der Ostmarkenzulage gedroht werde, in deren Schulen der Schulstreik nicht unterdrückt sei, und wollen damit die Anschauung bei dem Volke hervorrufen, als seien die Mittel der Regierung dem Streik gegenüber erschöpft. Des weiteren behaupten sie, die deutschen Lehrer beabsichtigten, jetzt ihrerseits in den Streik zu treten, und hoffen durch diese Lüge das Volk zum weiteren Ausharren in der Obstruktion zu bewegen. Doch werden alle diese Manöver ihren Zweck verfehlen, denn die Regierung wird ihr Ziel mit Energie verfolgen, und sie muß es mit Energie verfolgen, da das kleinste Nachgeben die verderblichsten Folgen zeitigen würde. Traurig nur, daß das nicht alle Deutschen einsehen wollen.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen.

Der bisherigen Gepflogenheit entsprechend, dürften im September dieses Jahres, also in sechs Monaten, die Wahlmännerwahlen für die Zweite Kammer stattfinden, worauf dann im Oktober die Abgeordnetenwahlen selbst erfolgen. Es handelt sich hierbei um die alle zwei Jahre vorzunehmende Drittel-Erneuerung der Kammer, und zwar in dem Turnusbezirk 27, 28 und 27 Wahlkreise beteiligt sind. Dieses Mal ist die dritte Serie der Wahlkreise an der Reihe. Es sind also 27 Abgeordnete, dem regelrechten Ausscheiden nach, zu wählen. Dazu kommen aber noch drei erledigte Mandate, so daß nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge 30 Abgeordnete zu wählen sind. Die in Betracht kommenden Wahlkreise sind folgende:

1) Dresden I. Wahlkreis (Altstadt, Seestadt usw.). Erledigt durch den Tod des 1903 gewählten Handelskammersekretärs Schulze (Natl.).

2) Dresden II. Wahlkreis (Pirnaische Vorstadt, Johannstadt). Jetziger Vertreter Kaufmann Behrens (Kons.); er wurde 1901 mit 178 gegen 78 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

3) Dresden III. Wahlkreis (Wilsdruffer Vorstadt, Friedrichstadt). Jetziger Vertreter Stadtrat Dr. Vogel (Natl.); er wurde mit 91 gegen 40 Stimmen gewählt.

4) Leipzig II. Wahlkreis (Ostvorstadt, Südostvorstadt). Jetziger Vertreter Geh. Justizrat Dr. Schill (Natl.), 1. Vizepräsident der Zweiten Kammer; er wurde mit 98 gegen 35 Stimmen gewählt.

5) Leipzig III. Wahlkreis (Ostvororte). Jetziger Vertreter Fabrikant Müller (Natl.); gewählt mit 127 gegen 66 Stimmen.

6) Chemnitz II. Wahlkreis. Jetziger Vertreter Maschinenfabrikant Reinecker (Kons.), gewählt mit 102 gegen 52 Stimmen.

Uebrige Städte.

7) 1. Wahlkreis (Zittau, Löbau, Ostritz usw.). Erledigt durch den Tod des — jetzt turnusgemäß ausgeschiedenen — Handelskammersyndikus Rollfuß (Natl.). Er wurde 1901 mit 47 gegen 41 Stimmen gewählt; von den letzteren fielen 37 auf den deutschfreisinnigen, 4 auf den sozialdemokratischen Gegenkandidaten.

8) 8. Wahlkreis (Bischofswerda, Großenhain, Radeberg usw.). Jetziger Vertreter Kaufmann Knobloch-Radeberg (Kons.), gewählt mit 65 gegen 15 Stimmen.

9) 5. Wahlkreis (Dippoldiswalde, Dohna usw.). Jetziger Vertreter Bürgermeister Wittig-Radebeul (Kons.), gewählt mit 48 gegen 7 Stimmen.

10) 9. Wahlkreis (Döbeln, Waldheim, Leisnig, Mügeln). Jetziger Vertreter Professor Dr. Rühlmann-Döbeln (Natl.), gewählt 1905, an Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Riethammer, mit 39 gegen 22 Stimmen; von den letzteren entfielen 13 auf einen nationalliberalen und 19 auf einen sozialdemokratischen Gegenkandidaten.

11) 13. Wahlkreis (Rochlitz, Penig, Burgstädt usw.). Jetziger Vertreter Kaufmann und Stadtrat Liebau-Rochlitz (Kons.), gewählt mit 40 gegen 22 Stimmen.

12) 16. Wahlkreis (Crimmitschau, Werdau). Jetziger Vertreter Stadtrat Teichmann-Werdau (Natl.), gewählt mit 52 gegen 28 Stimmen.

13) 20. Wahlkreis (Aue, Schneeberg, Schwarzenberg usw.). Jetziger Vertreter Baumeister Bachmann-Aue (Kons.), gewählt mit 58 gegen 28 Stimmen.

Ländliche Wahlkreise.

14) 1. Wahlkreis (Amtsgerichtsbezirk Zittau). Jetziger Vertreter Gutsbesitzer Held-Eckartsberg (Kons., Bund der Landwirte), gewählt 1901 an Stelle des bisherigen Vertreters Gemeindevorstand Volke-Hirschfelde (Natl.). Held wurde 1901 im dritten Wahlgange mit 51 gegen 11 nationalliberale und 21 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

15) 2. Wahlkreis (Großschönau-Ebersbach). Jetziger Vertreter Fabrikbesitzer Richter-Großschönau (Natl.), wurde mit 64 gegen 27 Stimmen gewählt.

16) 4. Wahlkreis (Löbau, Bernstadt). Jetziger Vertreter Geh. Oekonomierat Hähnel-Kupritz (Kons.), mit großer Mehrheit gewählt.

17) 5. Wahlkreis (Bautzen, Weißenberg). Jetziger Vertreter Gemeindevorstand Sohe-Eichorna (Kons.), wurde gewählt 1903 an Stelle des 1901 gewählten Gutsbesitzers Schmole-Spittwitz (Kons.).

18) 6. Wahlkreis (Kamenz, Schirgiswalde). Jetziger Vertreter Gutsbesitzer Förster-Sprembera (Kons.), wurde gewählt 1905 an Stelle des 1901 gewählten Gutsbesitzers Matthes-Schönbach (Kons.).

19) 9. Wahlkreis (Radeburg, Radeberg usw.). Jetziger Vertreter Gemeindevorstand Träber-Arnsdorf (Kons.), mit großer Mehrheit gewählt.

20) 12. Wahlkreis (Pirna, Königstein usw.). Jetziger Vertreter Gutsbesitzer Goltzsch-Neuntmannsdorf (Kons.), wurde gewählt 1903 an Stelle des 1901 gewählten Gutsbesitzers Frenzel-Sehlen (Fortschritt).

21) 14. Wahlkreis (Sayda, Brand). Jetziger Vertreter Fabrikbesitzer Kluge-Deutschneudorf (Kons.), gewählt mit großer Mehrheit.

22) 15. Wahlkreis (Freiberg). Jetziger Vertreter Rittergutsbesitzer Steyer auf Naundorf (Kons.), gewählt mit 64 gegen 5 Stimmen.

23) 31. Wahlkreis (Chemnitz, Limbach). Jetziger Vertreter Fabrikant Merkel-Niederrabenstein (Kons.), gewählt mit 63 gegen 37 Stimmen.

24) 32. Wahlkreis (Frankenberg, Augustusburg). Jetziger Vertreter Geh. Oekonomierat Schubart-Euba (Kons.), gewählt mit 75 gegen 11 Stimmen.

25) 36. Wahlkreis (Stollberg). Jetziger Vertreter Spinnereibesitzer Facius-Lugau (Kons.), gewählt mit 73 gegen 39 Stimmen.

26) 39. Wahlkreis (Crimmitschau, Werdau usw.). Erledigt durch den Tod des 1905 gewählten Gutsbesitzers Leibholz-Tettau (Kons.); die Wahl erfolgte mit 63 gegen 21 Stimmen.

27) 41. Wahlkreis (Reichenbach, Kirchberg, Schneeberg usw.). Jetziger Vertreter Fabrikbesitzer Schneider-Oberreichenbach (Kons.), gewählt mit 81 Stimmen.

28) 42. Wahlkreis (Schwarzenberg usw.). Jetziger Vertreter Bauer Edler v. Querfurth-Schönheiderhammer (Kons.), gewählt mit 78 Stimmen.

29) 44. Wahlkreis (Plauen, Elsterberg, Treuen usw.). Jetziger Vertreter Rittergutsbesitzer Zeidler-Oberlosa (Kons.), gewählt mit 71 Stimmen.

30) 45. Wahlkreis (Oelsnitz, Oberf., Markneukirchen usw.). Erledigt durch den Tod des 1905 gewählten Rittergutsbesitzers Bunde-Erlbach (Kons.), die Wahl erfolgte mit 38 gegen 29 freisinnige Stimmen.

Von den 30 Wahlkreisen, in denen Neuwahlen stattzufinden haben, sind alle 22 durch konservative und 8